

Im Fernsehen zu „umfassendem Geständnis“ vorgeführt

GEFANGENES WORT Chinesischer Journalist Chen Yongzhou nach kritischer Artikelserie inhaftiert / Erstmals bittet Zeitung um Freilassung

GIessen (red). Auf die Bedrohung und Verfolgung von Schriftstellern und Journalisten wollen Studierende der Justus-Liebig-Universität (JLU) aufmerksam machen. Deshalb haben die jungen Leute im Jahr 2008 die Initiative „Gefangenes Wort“ gegründet, die sich längst zu einem Verein weiterentwickelt hat. Um noch intensiver auf Einzelschicksale hinzuweisen, kooperiert der Anzeiger mit dem Verein und stellt jeweils zu Beginn des Monats einen Fall auf der Hochschulseite vor. Heute berichtet Manuel Emmerich über den chinesischen Journalisten Chen Yongzhou.

Als SPD-Politiker Sigmar Gabriel Mitte April im Rahmen seiner ersten Auslandsreise als Bundeswirtschaftsminister den chinesischen Menschenrechtsanwalt Mo Shaoping in Peking treffen wollte, wurde dieses Gespräch vom chinesischen Sicherheitsapparat verhindert. Mo Shaoping gilt als Chinas prominentester Menschenrechtsanwalt, er hat unter anderem den 2009 zu elf Jahren Haft

verurteilten Schriftsteller und Friedensnobelpreisträger Liu Xiaobo bei dessen Prozess vertreten. Wie der Anwalt nach dem geplatzten Treffen mit Gabriel berichtete, seien Polizisten bei ihm erschienen und hätten erklärt, „auf Anweisung von oben“ müssten sie ihm sagen, dass er den Bundeswirtschaftsminister nicht treffen solle. Welchen Schluss man auch immer aus einem solchen Vorfall ziehen mag, eines wird daran ganz deutlich: Das mit der Meinungsfreiheit ist in der Volksrepublik China nicht so ganz selbstverständlich. Insbesondere gegen Journalisten und Blogger geht die chinesische Regierung seit einigen Monaten verschärft vor.

Dies bekam auch der 27-jährige Journalist Chen Yongzhou zu spüren, der im Jahr 2013 in der Zeitung „Neuer Express“ eine 15-teilige Artikelserie über den chinesischen Baumaschinenhersteller „Zoomlion“ veröffentlichte. Es waren kritische Artikel, in denen es um Korruption, finanzielle Probleme und betrügerische Buchführung ging. Arti-

kel, die zu einem starken Einbruch des Aktienkurses der Firma führten, ganz zum Missfallen der Regierung der südchinesischen Provinz Hunan, der das Unternehmen zum Teil gehört. Chen Yongzhou wurde daraufhin festgenommen, doch seine Inhaftierung löste zunächst einmal ungewöhnliche Reaktionen aus: Am 23. Oktober 2013 titelte seine Zeitung „Neuer Express“: „Bitte lasst ihn frei“. Es war das erste Mal, dass eine chinesische Zeitung die Behörden in dieser Weise zum Handeln aufforderte. Dieser offene Protest führte sofort zu einer Solidarisierung anderer Journalisten und Medien mit der Zeitung und Yongzhou. Sogar der Gesamtchinesische Journalistenverband stimmte überraschenderweise in den Chor mit ein.

Die entscheidende Wendung in dem Fall passierte dann jedoch am 16. November 2013. In einer Übertragung des chinesischen Staatsfernsehensenders CCTV wurde Chen Yongzhou in Sträflingskleidung, Handschellen und mit kahl geschorenem Kopf vorgeführt und der Gefangene legte ein „umfassendes Geständnis“ ab. Seine Artikelserie samt



Inhaftiert: Chen Yongzhou. Foto: red

Belegen sei frei erfunden gewesen, und er habe von einem Konkurrenten von „Zoomlion“ Geld für die Veröffentlichung der Inhalte bekommen. Weiter sagte er: „Ich hoffe, mein Fehlverhalten wird für die Öffentlichkeit ein Beispiel sein und sie daran erinnern, die öffentliche Ordnung im Internet zu respektieren.“ Nur kurze Zeit nach dem Geständnis veröffentlichte auch der „Neue Express“ eine entsprechende Entschul-

digung auf seiner Titelseite. Man habe die Artikel nicht ausreichend auf ihren Wahrheitsgehalt hin überprüft, auch die Gesetzestreue des Reporters habe man außer Acht gelassen. Für die Forderung nach Freilassung entschuldigte sich die Zeitung ebenfalls, diese hätte der Glaubwürdigkeit der Medienwelt geschadet.

So wurde also aus dem Einsatz für die Pressefreiheit und einen zu Unrecht inhaftierten Kollegen ein Einsatz für einen Betrüger. Doch es bleiben berechnete Zweifel ob des Geständnisses. Nicht zum ersten Mal legte ein Betroffener im chinesischen Staatsfernsehen ein Geständnis ab, noch bevor es überhaupt zu einer offiziellen Anklage kam. Es ist eine neue Art des Ausübens von Kontrolle seitens der Behörden, und gleichzeitig ist es eine Warnung an den Rest der Medienwelt.

Über viele weitere solcher Fälle informiert „Gefangenes Wort“ in der Ausstellung: „Von Rebellen, Ketzern, Träumern und Tollköpfen. Meinungsfreiheit und Zensur weltweit“, die ab dem 10. Mai in der Volkshochschule in Lich zu sehen sein wird.

Jeder hat das Recht auf Meinungsfreiheit und freie Meinungsäußerung
gefangenes wort.de